

# Die Bürgerin, die sich empört

Vor 24 Jahren hat Herta Wessely eine Bürgerinitiative gestartet. Heute hilft sie anderen, die aufbegehren wollen.

STEPHANIE PACK

WIEN. Herta Wessely könnte ihre Pension in Ruhe genießen: Die 74-Jährige lebt in einem hübschen Altbau im fünften Wiener Gemeindebezirk, vor dem Haus liegt ein kleiner Park. Doch vor mehr als zwei Jahrzehnten nahm sie einen Tisch und einen Stuhl, setzte sich ans Gartentor und begann Unterschriften zu sammeln. Die Grünfläche hätte verbaut werden sollen, das wollte die damals 50-Jährige nicht hinnehmen. „Ich war überrascht, wie viel Unterstützung ich bekommen habe“, berichtet sie über ihre erste Bürgerinitiative. Sie hatte Erfolg: Die Grünfläche ist geblieben und heute öffentlich zugänglich. Entstanden ist ein Ruhe- und Sinnesgarten, in dem junge Familien auf der Wiese liegen und Senioren Ruhe und Erholung suchen.

Wessely selbst ist auch nach ihrer erfolgreichen Initiative nicht zur Ruhe gekommen. Persönliche Betroffenheit ist für die meisten Menschen die Motivation, eine Bürgerinitiative zu starten. „Der Unterschied war, dass ich weitergemacht habe“, erzählt die Wienerin. Es folgte die Besetzung eines Parks, in dem eine Tiefgarage gebaut werden sollte, und schließlich 2006 die Mitbegründung der Plattform „Aktion 21“, eines Dachverbands für Bürgerinitiativen.

## „Politiker müssen Macht abgeben, aber Bürger den aufrechten Gang lernen.“

Herta Wessely, Initiative „Aktion 21“

Die Plattform bietet Unterstützung für alle, die sich nicht nur über politische Vorhaben ärgern, sondern aktiv dagegen angehen wollen. Ein Engagement, zu dem Wessely eindringlich mahnt. „Eigentlich hat jeder die Verpflichtung, sich dafür zu interessieren, was um ihn herum passiert. Irgendwo trägt jeder eine Mitverantwortung.“ Gleichzeitig gesteht die 74-Jährige auch ein, dass es für viele Menschen schlichtweg ein zeitliches Problem ist, aktiv zu werden. Wenn jemand Familie habe, gerade ein Haus baue oder im Job gefordert werde, sei es natürlich schwierig. Viele der Aktivisten seien daher Pensionisten. „Sie denken sich – und das trifft auch auf mich zu – wir tun das für unsere Enkelkinder“, erklärt Wessely, die Mutter von vier erwachsenen Kindern und mehrfache Großmutter ist.

Zeit mit der Familie zu verbringen sei so ziemlich ihre einzige Beschäftigung neben der Arbeit für „Aktion 21“. Hobbys? „Nein, da ist kein Platz dafür“, sagt die Grande Dame des Bürgerprotests.

Seit 2008 war Wessely Obfrau



Herta Wessely engagiert sich seit über zwanzig Jahren. BILD: SN/PACK

des Dachverbands „Aktion 21“, erst kürzlich hat sie das Amt niedergelegt. Nicht aufhören, aber kürzer treten will sie. Immerhin gibt es noch viel zu tun: Dass es Bürgerbeteiligung geben muss, ist in den Köpfen der Politiker noch lang nicht verankert, befürchtet Wessely. Dennoch ist sie überzeugt: „Keine Partei kommt in Zukunft darum herum.“ Die Bürger müssen stärker an der Planung und Entwicklung von Projekten mitwirken können, ist die ehemalige Journalistin überzeugt.

Derzeit sei die Politik aber nicht bereit zu informieren und Bürger in die Planung einzubinden. Das beginne bei kleinen Dingen, etwa wenn die Themen der Tagesordnung bei einer Gemeinderatssitzung nicht publik gemacht würden.

In die Pflicht nimmt Wessely aber nicht nur die eine Seite: „Die Politik muss Macht abgeben, aber die Bürger müssen den aufrechten Gang lernen.“ Das Untertanendenken – man kann ohnehin nichts ausrichten gegen die Politik – sei noch immer viel zu weit verbreitet. „Die Leute haben nicht das Gefühl, dass sie mündige Bürger sind.“ Jeder kritisiere, was schlecht sei, aber zu wenige stünden auf, um etwas dagegen zu unternehmen.

Für all jene, die es doch tun, ist „Aktion 21“ eine Anlaufstelle. Wessely selbst kann sich noch gut an ihre erste Aktion erinnern und die Probleme, die ihre Initiative damals hatte. „Wir wussten gar nicht, wie man so etwas überhaupt macht. Aus dem Bauch heraus und mit dieser Wut haben wir aber das Richtige getan“, kann sie heute sagen. Mittlerweile hätten es die Bürgerinitiati-

ven leichter: „Jetzt rufen sie uns an.“

„Aktion 21“ hat sich einen Namen gemacht, Bürgerinitiativen kommen von sich aus auf sie zu. Rund vierzig ständige Mitglieder gibt es, also Initiativen, die noch aktiv sind. Ein Wechsel ergibt sich au-

## SN-THEMA Die politischen Zwischenrufer

tomatisch, weil sich die Anliegen mit der Zeit schlichtweg erledigen, wenn auch nicht immer mit positivem Ausgang. Die größte Enttäuschung für Wessely war die gescheiterte Bürgerinitiative gegen die Konzerthalle im Wiener Augarten. „Da haben wir sehr mitgelitten mit den Initiatoren“, sagt sie. Mitgelitten deshalb, weil „Aktion 21“ nicht inhaltlich an den Bürgerinitiativen

beteiligt ist, sondern praktische Hilfe anbietet, etwa einen Leitfaden für die Organisation einer Bürgerinitiative. Theoretisch könnten daher auch zwei konträre Initiativen von dem Dachverband unterstützt werden – etwa eine, die für eine Umfahrungsstraße eintritt und eine, die gegen dasselbe Projekt ist.

Solch Organisatorisches erzählt Wessely mit völliger Gelassenheit. Kommt man auf die Inhalte der Initiativen zu sprechen, beginnen plötzlich ihre Augen zu funkeln, die Gestik wird bestimmter und ein Satz fällt besonders oft: „Das hat mich so aufgeregt!“ Was die 74-Jährige aufregt, hat sich in den letzten Jahren kaum geändert: Politiker, die gegen den Willen der Bürger entscheiden, die Einwohner nicht oder zu spät über geplante Projekte informieren und lieber in ihren vorge-

gebenen Parteilinien denken und abstimmen, anstatt eine ernsthafte Diskussion über Inhalte zu führen.

Neben dem aktuellen Anlass – dem Park, für den sie Unterschriften sammelt, der Tiefgarage, die sie verhindern will oder einem geplanten Straßenprojekt – ist es für Wessely vor allem das große Ganze, für das sie kämpft: mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung. Mit ihrem Einsatz dafür hat sie sich über die Grenzen von Wien einen Namen gemacht – und nicht nur Freunde. Für manche Politiker sei sie ein rotes Tuch, sagt die Wessely lachend. Sie selbst ist froh, abseits von parteipolitischer Abhängigkeit zu agieren. Dass ihre Arbeit jemand weiterführen wird, sollte sie tatsächlich in den Ruhestand gehen, davon ist sie überzeugt: „Es sagen alle: Es muss die ‚Aktion 21‘ geben.“

## „Aktion 21 – Pro Bürgerbeteiligung“ Der Dachverband für Bürgerinitiativen

Als Bürgerinitiative bezeichnet man den Zusammenschluss von Bürgern, die zu einem konkreten Anlass eine Interessenvertretung bilden, etwa gegen ein Bauprojekt. Bürgerinitiativen haben keine Rechtspersönlichkeit, im Gegensatz etwa zu Vereinen.

Der Dachverband „Aktion 21“ wurde 2006 als überparteiliche und unabhängige Vereinigung von Wiener Bürgerinitiativen gegründet. Rund 40 aktive, wechselnde Initiativen sind seither Mitglied. Die Projekte sind auf

der Internetseite [aktion21.at](http://aktion21.at) einsehbar. Dort gibt es auch Informationsmaterial für Bürgerinitiativen, darunter einen praktischen Leitfaden, in dem von der Gründung über das Unterschriftensammeln bis zur Organisation von Demonstrationen Tipps bereitgestellt sind.

Die österreichweite Version der Plattform wurde vor wenigen Jahren ins Leben gerufen ([aktion21-austria.at](http://aktion21-austria.at)). Beide Organisationen haben zum Ziel, mehr Bürgerbeteiligung zu erreichen. Konkret soll die betroffene Bevölkerung die Mög-

lichkeit bekommen, bei kommunalen Projekten schon von Beginn der Planung an mitwirken zu können.

Die großen Themen der Bürgerinitiativen sind der Schutz von Grünflächen, Verkehr, Denkmalschutz und Großbauten. Salzburger Initiativen, die im Rahmen von „Aktion 21“ agieren, sind die „IG Erdkabel“ und die „Vereinigten Bürgerinitiativen 380 kV“ sowie der Verein „Nein zur Tauerngasleitung“. Der Oberhaupt der österreichweiten Version des Dachverbands ist der Salzburger Franz Köck.